

Regierungsratsbeschluss

vom 14. Dezember 2010

Nr. 2010/2363

**Vernehmlassung zur Teilrevision des Obligationenrechts (Sanktionen bei missbräuchlicher oder ungerechtfertigter Kündigung);
Schreiben an das Bundesamt für Justiz**

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 5. Oktober 2010 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement im Auftrag des Bundesrates den Kantonsregierungen den Bericht und Vorentwurf zur Teilrevision des Obligationenrechtes zur Vernehmlassung unterbreitet. Das Finanzdepartement legt die Vernehmlassung, welche an das Bundesamt für Justiz zu richten ist, zur Beratung und Beschlussfassung vor.

2. Beschluss

Das Schreiben an das Bundesamt für Justiz betreffend den Bericht und Vorentwurf zur Teilrevision des Obligationenrechtes wird beschlossen.



Andreas Eng
Staatschreiber

Beilagen

Schreiben an das Bundesamt für Justiz

Verteiler

Finanzdepartement
Personalamt
Staatskanzlei
Ratsleitung (8)
Medien (jae)